

Zur Anhörung von Experten zum Thema: CCS am 7.3.13 vor Ausschüssen des LT Sachsen-Anhalt

Stimmen aus der Altmark

Im Vermittlungsausschuss des Landtages wurden Experten zur Problematik von CCS (Abscheiden und unterirdisches Verpressen von CO₂) angehört.

Für die Altmark sprachen der Bürgermeister der Stadt Arendsee, Norman Klebe, Superintendent Matthias Hinrich und Christfried Lenz von der Bürgerinitiative gegen CO₂-Verpressung in der Altmark.

Herr Klebe stellte gleich heraus, dass eine eventuelle CO₂-Verpressung sämtliche touristische Entwicklungsbestrebungen Arendsees untergraben würde, ferner möchte er nicht die Möglichkeit einer geothermischen Nutzung des Untergrundes und Solegewinnung verbaut sehen. Er forderte abschließend die existenzielle Notwendigkeit der Erarbeitung eines CCS-Verbotsgesetzes, welches allein rechtskräftig Planungssicherheit ermöglicht.

Superintendent Heinrich berichtete von den Sorgen und Ängsten der hiesigen Bevölkerung um ihre Kinder und Enkelkinder, wenn CO₂ als giftige Hinterlassenschaft quasi "im Vorgarten vergraben" würde, er nannte Beispiele von Resignation und Wegzugsabsichten. Die Kirche als Institution selbst habe sich im Sinne der Bewahrung der Schöpfung für einen akuten Handlungsbedarf in Sachen Klimaschutz verständigt und bereits eigene Konzepte zum Energiesparen teilweise umgesetzt und sich auf die Ablehnung der höchst umweltgefährdenden unkonventionellen Öl- und Gasgewinnung (Fracking) geeinigt. CCS sieht die Kirche auch nicht als zielführend, da der hohe Energiebedarf keineswegs ressourcenschonend ist und den Übergang zu erneuerbaren Energieträgern hinauszögert.

Ähnlich begann Christfried Lenz, Sprecher der BI „keine CO₂-Verpr. i.d.Altm.“ indem er die Unverhältnismäßigkeit des generationenübergreifenden Gefährdungspotentials von CO₂ Leckagen den verbliebenen rechnerischen Zeiträumen der Kohleverstromung (max. 150 Jahre) gegenüberstellte. In seiner emotionalen Rede wies er auf die Ängste der Menschen hin und auf den Rückhalt der BI in der altmärkischen Bevölkerung. 90% der Ärzte hätten seinerzeit eine Resolution gegen die Verpressung unterzeichnet. Den Widerspruch einer nur wenige Jahre dauernden Forschung für eine über mehr als 10000 Jahre verlangten Dichtheit des Speichers hob er hervor. Die Versicherungswirtschaft lehne die Versicherung von CCS ab, CCS-Unternehmen könnten schon nach 40 Jahren aus der Haftung entlassen werden. Er sieht die Verschwendung von Forschungsgeldern und geistigen Kapazitäten in der CCS-Forschung, wo jetzt so schnell wie möglich der 100%ige Umstieg auf erneuerbare Energie geschafft werden muss. Er stellte vor den Ausschussmitgliedern noch deutlich heraus, dass nach §45 des CCS-Gesetzes einem Antrag auf CO₂-Verpressung stattgegeben werden müsse, wenn nicht vorher bereits ein Landesgesetz zum Verbot der Verpressung nach der Länderklausel erarbeitet werde, weshalb er dies nun dringend anmahnte.

Geoforschungszentrum Potsdam schließt Evakuierung nicht aus

Auf der Expertenanhörung zum CCS im Landtag am 7. März 2013 wies der Vertreter des Geoforschungszentrums Potsdam, Herr Liebscher, u.a. auf das Risiko der induzierten seismischen Störungen durch CO₂-Verpressung hin, welches er allerdings im Bereich der „normalen Aktivität“ einstuft. Langzeitsicherheit der unterirdischen CO₂-Speicher könne nicht für 10000 Jahre garantiert werden. Er unterstrich die Zuverlässigkeit der zu installierenden Messgeräte zur Erfassung eventueller CO₂ Austritte. Außer der Beobachtung (Monitoring) möglicher Leckagen und anschließender Evakuierung, gibt es jedoch keine Handhabung, Schäden am Grundwasser zu beheben. Als Beispiel für den Umgang mit Leckagen schilderte er eine Region in Italien, wo aus natürlichen Quellen (im Bereich der Vulkantätigkeit) CO₂ aufsteigt, dies sei bekannt und die Gegend werde entsprechend gemieden.

Expertenanhörung: Verschiedene Haltungen zur Bedeutung von CCS

Herr Geisler von der MiBraG sieht CCS als erforschenswerte Klimaschutzmaßnahme und zeigte in Vorausschätzungen einen weltweit steigenden Kohleverbrauch und zunehmenden CO₂-Ausstoß. Demgegenüber errechnete Jeffrey Michel vom Ing.-Büro für Energieforschung welche Mengen da weltweit abgeschieden und verpresst werden müssten und dass gerade die Schwellenländer, die jetzt noch besonders viel Kohle verbrennen, bestimmt nicht in teure CCS-Technik investieren werden. Er sieht die CO₂-Abscheidung allerdings auch verstärkt im Kommen zur unkonventionellen Öl- und Gasförderung, wie es ursprünglich in der Altmark erforscht werden sollte. So ließen sich hohe Gewinne einfahren, aber mit Klimaschutz habe das nichts zu tun, letztlich werde mehr CO₂ freigesetzt als verpresst. Wer Forschung betreiben wolle, dem empfehle er, sich bereits laufenden Projekten in den USA oder anderswo anzuschließen, dort könnten wichtige Erkenntnisse gesammelt werden.

UBA: CCS gefährdet Ackerböden und Grundwasser

Herr Dr. Gerling vom Geozentrum Hannover (Bundesanstalt für Geoforschung und Rohstoffe, BGR) berichtete auf der Anhörung zu CCS im Landtag zu Magdeburg am 7. März 2013, in Deutschland sei die Speicherung von 2,7 Milliarden to in ehemaligen Erdgasfeldern und von 6,3-12,8 Milliarden to CO₂ in Salzwasser führenden Gesteinsschichten für erforschenswert. Dagegen deklarierte das Umweltbundesamt in seinem Beitrag CCS kurzum als Abfallbeseitigungsmaßnahme und nicht dem Klimaschutz dienlich. Einer Versalzung von Grundwasser durch Verdrängung von schwermetallhaltigen Solen sei auch nicht durch das Verbot in Wasserschutzgebieten zu verpressen, vorzubeugen. Zudem seien die giftigen CO₂-Beimengungen noch nicht genügend erforscht. Bei Leckagen und flächenhaftem Aufstieg von CO₂ sei das Milieu des Ackerbodens deshalb gefährdet. Laut KSPG (Kohlenstoffspeichergesetz) dürfe ein Speicher nicht genehmigt werden, der nicht dicht sei. (Anmerkung: Diese Regelung trifft allerdings nicht auf Forschungsspeicher zu, dort wird insbesondere der „nichtbestimmungsgemäße Betrieb“ erforscht, wo durch gezielte Provokation von Leckagen Messwerte gewonnen werden darf.) 100%ige Dichtheit, so die Clean-Studie von Dr. Kühn, gibt es aber nicht.

1500 Jahre Regenerationszeit

Auf der Expertenanhörung zum CCS-Landesgesetz in Magdeburg sprach auch Frau Christa Hecht von der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft. Die Gefahr der Verunreinigung mit Quecksilber, Arsen und Blei und Versalzung des Grundwassers sei immer gegeben, da faktisch die Komplexität des Untergrundes in dem Verdrängungsradius von bis zu 100 km immer Möglichkeiten der Durchlässigkeit zwischen Grundwässern verschiedener Tiefe bereithält. 76% des Trinkwassers sei Quellwasser, das nach Verunreinigung durch gelöste Schwermetalle bis zu 1500 Jahre Regenerationszeit brauche. Unvollständig verfüllte Versuchsbohrungen von oft unbekannter Lokalisation, sowie in ständiger Bewegung befindliche Deckgebirge begünstigten Leckagen. Diese absehbaren irreversiblen Schäden wie sie durch CCS, aber auch durch Fracking und Tiefengeothermie heraufbeschworen werden, seien absolut unverantwortbar und stellen die hohen Aufwendungen in Frage, die bereits jetzt durch die Wasserwirtschaft zur Aufrechterhaltung einer sicheren Trinkwasserversorgung unternommen werden müssen.

CCS- Pannenbericht

Als Experte für CCS war auch der Chemiker und Geologe Dr. Knof als Referent im Landtag eingeladen. Er zeigte am Beispiel USA, wo bei 2500 km CO₂-Pipelines 12 Leckagen auftraten, dass in der EU bei geplanten 30000 km Pipelines eine höhere Leckagerate zu erwarten sei. Im CO₂-Speicher Sleipner in Norwegen sei ein Viertel der CO₂-Menge nicht mehr auffindbar, stattdessen wurde in der Nähe ein langer und tiefer unterseeischer Riss festgestellt, woraus unter anderem das wesentlich klimaschädlichere Methangas entweiche.

Die USA verzeichneten durch Verpressung induzierte Erdbeben bis zur Stärke 5,3. Schon nach der Planung eines CO₂-Endlagers in Schleswig Holstein fielen Grundstückspreise bis zu 20%.

GDF hat Interesse an Gasförderung, nicht an CCS

Herr Weinreich von der GDF-Suez nannte die Diskussion in der Bevölkerung um das Risiko CCS als Grund für die Beendigung des EGR-Versuches (enhanced gas recovery= Förderg. v. Resterdgas) mit CO₂ in Maxdorf. Wegen der Haftung über 40 Jahre sei keine erneute Verpressung geplant.